Pfund's Milch-Seife
aus reiner, bester Kuhmilch.
Bade-Kinder- u. Familienseife
macht die Haut weich und zart.
Elegante Weihnachts-packung.

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang.
Aufl. 56,000 Stück.

Curt Heinsius
Dresden-N., Tieckstr. 27
Fernsprech-Amt II. 2100.
Mehrjährige Garantie.
Kostenfreie Probe.
5 Mal prämiirt. 60,000 St. in Function.
Geräuschlose Thürschliesser
mit doppelter Luftentleerung, Gewalts. Schliessen schadlos.

Dresden, 1893.

Feinere Wäsche und Mode-Waaren für Herren.
Remke & Scheffler
Pragerstrasse 14.

Weihnachts-Neuheiten
in feinen Lederwaaren empfiehlt in grösster Auswahl
Bernhard Rüdiger.
Wilsdruffer Strasse 3, zunächst dem Altmarkt.

Im Ganzen. Tuchwaaren Im Einzelnen.
empfehlen
Pörschel & Schneider
Scheffelstrasse 19 (kl. Raschhaus).
Musterversendungen kostenfrei.

Joppen, Hohenzollermäntel
Schlafrock-Meyer,
Frauenstrasse 8 und 10.

Photographie von Hahn's Nachf.
Specialitäten: Kinder- und Gruppen-Aufnahmen, Visitkarten-Photographien 12 Stück 6 Mark, Vergrösserungen nach jedem Bild in kunstl. Ausführung.
Jetzt: Waisenhausstr. 16.
gegenüber dem ehemaligen Victoria-Hotel.

Nr. 346. Spiegel: Anarchistisches Attentat in der französischen Kammer. Offiziere des Beurlaubtenstandes. Weihnachtsschau. Oberst Dietrich. Feuerlöschprobe. Weihnachtsmärchen. Von der Mode. Landtagsverhandlungen. Petitionen. Evangelischer Bund. Weihnachtsnachrichten.

Dienstag, 12. Decbr.

Politisches.

Immer frecher erhebt der Anarchismus sein grauenhaftes Medusenhaupt. Dem Massenmord im Teatro Liceo zu Barcelona ist ein mit derselben cynischen Rohheit vollführter Anschlag auf die französische Kammer in Paris gefolgt, der zwar in seinen verheerenden Wirkungen dem Dynamitattentate in Spanien nicht gleichkommt, aber an Bedeutung dieses übertrifft, weil er erschütternder denn je Zeugniß ablegt von dem Fortschritte, den die anarchistische Propaganda der That von Jahr zu Jahr macht. In Barcelona wie in Paris liegt zweifellos kein persönlicher Rachecakt vor, sondern ein Verbrechen rein anarchistischer Natur. Denn diese scheußlichen Schandthaten richten sich nicht gegen einzelne Träger der bestehenden Ordnung oder gegen bestimmte Klassen der bürgerlichen Gesellschaft, sondern gegen Alle und Jeden ohne Ansehen der Person und der Stellung, gegen Unschuldige und Wehrlose, gegen Freund und Feind. Die wahnwitzigen Mordgesellen, welche in dem spanischen Theater und von der Galerie des Palais Bourbon die Höllenmaschinen warfen, fragten nicht darnach, wer ihnen zum Opfer fallen würde. Sie suchten auf das blinde Ungefähr hin alle zu vernichten, die von den herumfliegenden Bombensplittern erreicht werden. Je mehr ohne Wahl getödtet werden, um so vollkommener ist die Absicht der Dynamithelden erreicht. Das Dogma des Anarchismus ist das planlose Blutvergießen und Verwüsten zu dem einzigen Zwecke, Furcht und Schrecken zu verbreiten und dadurch den allgemeinen Umsturz herbeizuführen. Die fortlaufende Reihe der anarchistischen Anschläge und der wechselnde Schauplatz der Explosionen läßt vermuthen, daß eine über alle civilisirten Staaten verzweigte anarchistische Organisation besteht, die darauf ausgeht, den Terrorismus des Dynamits gleichmäßig und allgemein anzuwenden.

Es ist freilich kein bloßer Zufall, daß der Hauptschauplatz der anarchistischen Verbrechen Frankreich und Paris ist. Frankreich ist das Vaterland der Revolution, das Land der politischen Gewaltthaten. Der Anarchismus ist französischen Ursprunges. Er ist eine Frucht jener Schreckenstage, die vor 100 Jahren mit der Hinrichtung Ludwig XVI. in Scene gesetzt wurde. Damals arbeiteten die Revolutionsmänner mit der Guillotine, heute arbeiten sie mit Dynamit. Nur die Waffen hat man gewechselt und die Gegner sind andere geworden. Vor 100 Jahren war es das Parlament Frankreichs, der Convent, der den Königsmord sanktionirte — heute ist es umgekehrt die Volksvertretung, oder richtiger, die ganze Gattung Mensch, gegen welche die Nachkommen der Robespierre und Genossen ihre Anschläge richten. Die Thaten der Pariser Kommune, des Ravachol und seiner Helfershelfer, der Dynamithelden von Carmaux und der Rue des bons Enfants sind nichts Anderes als eine neue Auflage der Schreckensherrschaft der Jacobiner und Sansculotten. Daß die Saat der großen, von den Liberalen aller Länder und Schattirungen so oft und hoch gepriesenen französischen Revolution von 1789 in den Orgien der Anarchisten eine Auferstehung feiert, dafür sind in erster Linie die französische Republik und deren regirende Klassen verantwortlich zu machen. Die fortgesetzte Liebäugelei der Machthaber aus den Reihen des französischen radikalen Liberalismus konnte nicht ohne Folge bleiben. Es ist noch nicht so lange her, daß der radikale Unterrichtsminister Frankreichs mit dem bezeichneten Namen Bourgeois auf einem Bankett versicherte, es genüge nicht, nur zu rufen: Es lebe die Republik! Wer ein aufrichtiger Republikaner sein wolle, müsse rufen: Es lebe die Revolution! Denn der Republikanismus sei nichts Anderes als die feierliche Anerkennung der Revolution! Der Anarchismus aber ist die konsequenteste praktische Ausführung dieser von einem Vertreter der staatlichen Autorität verkündeten Revolutionsidee! Kein Wunder, daß der Anarchismus gerade in Frankreich sein Hauptquartier aufschlägt, dessen Jugend in der Schule die Vorkämpfer jener staatlich sanktionirten Revolutionsidee als erstrebenswerthe Vorbilder vor Augen geführt werden. Mit Recht gilt ferner der Anarchismus in Frankreich wie anderwärts als die reifste Frucht der Sozialdemokratie. Gerade in den letzten Jahren, in denen der Anarchismus immer kühner zur Offensive übergegangen ist, hat man in Frankreich und leider auch in fast allen anderen konstitutionellen Staaten Europas die Sozialdemokratie von oben her in einer Weise gehätschelt und groß werden lassen, daß es begreiflich erscheint, wenn deren Vorhut, die Dynamithelden, in dem Wahne verleitet wird, die Zeit ihrer Ernte sei angebrochen. Es braucht nur an den mit Dynamitbomben geführten Arbeiterkrieg von Carmaux erinnert zu werden, der zum Siege der Sozialdemokratie führte, deren Machtgeboten sich die Regierung unterwarf.

Seinen Zweck, panischen Schrecken zu verbreiten, hat das jüngste Dynamitattentat nicht erreicht. Das ist vor Allem dem rühmlichen Beispiele zu verdanken, das der Präsident der französischen Kammer, der vormalige Ministerpräsident Dupuy, angesichts des Bombenattentates gegeben hat. Seine kaltblütige Haltung blieb nicht ohne Wirkung. An die Stelle des Schreckens und der Furcht trat die Entrüstung und der tapfere Entschluß der Abwehr. Dupuy erklärte, daß die Kammer sich durch derartige Attentate nicht in Verwirrung bringen lasse, und das Parlament setzte gelassenen Muthes seine Arbeiten fort, nachdem der neue Premierminister Casimir Perier versprochen hatte, daß auch die Regierung ihre Schuldigkeit thun werde. Der Heroismus Dupuys mag Manchem etwas theatralisch erscheinen, aber gerade in Frankreich dürfte er geeignet sein, in den weitesten Kreisen einen günstigen Eindruck hervorzurufen. Denn vor Allem thut es gegenwärtig noth, unter der Bevölkerung das Bewußtsein wach zu erhalten, daß die Regierung in Uebereinstimmung mit der Mehrheit der Volksvertretung entschlossen ist, gegen die anarchistisch-sozialdemokratische Mörderbande mit allen Mitteln vorzugehen. Dupuy war es, der zum ersten Male als Ministerpräsident es gewagt hat, die rücksichtslose Bekämpfung des Anarchismus und der Sozialdemokratie in sein Programm aufzunehmen. Sein Nachfolger Casimir Perier hat diese Kriegserklärung auch in sein Programm herübergenommen. An ihm wird es daher sein, durch die That zu beweisen, daß der gemäßigt-konservative Republikanismus die Kraft besitzt, den Kampf gegen die immer mächtiger anwachsenden revolutionären Gewalten mit Entschlossenheit und mit Erfolg durchzuführen. Gehen die gegenwärtigen Machthaber aus diesem Kampfe nicht als Sieger hervor, dann ist die Republik verloren und das Cäsarenthum tritt die Erbschaft an. Zweimal hat die Republik seit 100 Jahren der unumschränkten Herrschergewalt weichen müssen; und es wird zum dritten Male geschehen, wenn auf der einen Seite die wahnwitzige, schrankenlose Verhetzung der Massen durch sozialdemokratische Demagogen, die zielbewußt der Anarchie zuneigen, fortdauert, und auf der anderen Seite die Staatsleiter in erbärmlicher Schwäche und matter Unschlüssigkeit nicht den Muth finden, Gesetz, Recht und Ordnung gegen die wüsten Schreier und ihr kriegeleitetes Gefolge zu vertheidigen, weil sie unangenehme Auftritte in der Kammer und Verluste bei den Wahlen besorgen. Wenn sich das nicht ändert, dann muß allmählich der Glaube, das Vertrauen zu der republikanischen Staatsform auch bei solchen erschüttert werden, deren Jugendideal die Republik war, die sich aber unter derselben schutzlos der Willkür preisgegeben sehen, weil die Republik ihre erste Pflicht, die Erhaltung der Ordnung, die Durchführung des Gesetzes versäumt!

Dixerte monuit! Gewarnt ist die französische Republik; ermahnt an ihre vornehmsten Pflichten sind auch die Regierungen aller übrigen civilisirten Staaten. Wenn endlich, so möchte man unter dem frischen Eindruck der jüngsten Schandthaten des Anarchismus ausrufen, wird man sich zu internationalen Schutz- und Abwehrmaßregeln entschließen, durch welche die Organisation der internationalen Mörderbande unmöglich gemacht und die Handhabe geboten wird, diese Feinde alles Bestehenden auszurotten? Vor Allem erscheint das gemeinsame Interesse aller Staaten Europas, überall mit jener Toleranz zu brechen, die Mördern aus Brunst und aus Prinzip Zuflucht und freie Bewegung gestattet. In den Hauptstädten aller Großstaaten dürfen Leute, die sich offen Anarchisten nennen, noch immer öffentliche Versammlungen abhalten. In Berlin hat vor Kurzem ein öffentliches „Anarchisten-Meeting" stattgefunden, das sich mit dem jüngsten Mordverbrechen in Barcelona beschäftigte und erst nach einer Reihe heftigster Ausfälle gegen die staatliche Ordnung in der ganzen Welt aufgelöst wurde. Wenn den Anarchisten noch die Möglichkeit gewährt wird, sich zu einer nicht geheimen Aussprache unter dem Schutze der Polizei zusammenzufinden, dann darf man sich nicht wundern, wenn diese wahnsinnige Mordepidemie noch weiter um sich greift. Will man etwa in Berlin so lange noch warten, bis die Herren Anarchisten auch dort ihre Visitenkarte in etwas handgreiflicherer Form abgegeben haben, als dies bereits in Gestalt der dem Grafen von Caprivi übersandten „Radieschensamen" geschehen ist? Unbegreiflich erscheint der Wahnsinn des Anarchismus; aber fast ebenso unbegreiflich der gleichzeitige Stumpfsinn, der bisher verhindert hat, daß man nicht allerwegen diese wahnsinnigen Mordgesellen mit derselben rücksichtslosen Gewalt bekämpft, die sie selbst anwenden.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 11. December.

Berlin. Reichstag. Eingegangen: Berichte aus den Schutzgebieten. Der Bericht der Reichsschuldenkommission geht an die Rechnungskommission. Darauf wird in die dritte Berathung des Zollzuschlags gegen Rußland eingetreten. Es folgt 2. Berathung über den Kampfzoll gegen Rußland. Dazu liegen drei Resolutionen vor. Die Abgg. Möller und v. Heereman beantragen, daß auch diejenigen Waaren, deren Lieferung durch rechtsverbindliche, nachweislich vor dem Tage des Inkrafttretens der Kampfzölle in gutem Glauben für deutsche Rechnung abgeschlossene Verträge bedungen war, ohne Zuschlag der Kampfzölle eingelassen werden. — Abg. v. Salisch (kons.) u. Gen. beantragen Vorlegung eines Gesetzes, wonach im Falle eines Zollkrieges die Regierung auch solche Waaren, welche zollfrei sind, mit Zoll belegen kann. — Abg. Lutz (kons.) beantragt, daß auf russischen Hopfen derselbe Zoll gelegt werde, der deutschen Hopfen beim Uebergang nach Rußland treffe. — Abg. Möller begründet die erste der erwähnten Resolutionen, wendet sich aber gegen die zweite, denn es müsse Alles vermieden werden, den Zollkrieg zu verschärfen. — Staatssekretär v. Boetticher ist der Meinung, daß es in den in der Resolution Möller erwähnten Fällen dem Bundesrath überlassen werden müsse, in jedem einzelnen Falle zu prüfen, ob die Absichten wirklich loyal und erreicht sind und demgemäß nach Billigkeitsrücksichten Entschließung zu treffen. — Abg. Gamp (Reichsp.) weist darauf hin, daß auch eine Verschärfung des Zollkrieges eintreten könne, für welchen Fall man der Regierung die nöthigen Waffen in die Hand geben müsse. Es empfehle sich deshalb, sie zu ermächtigen, für jeden Fall auch zollfreie Waaren mit Zoll zu belegen. — Abg. Graf v. Mirbach (kons.) erklärt, daß seine politischen Freunde gegen die Resolution Nr. 1 stimmen werden. Dieselbe wolle Berücksichtigung berechtigter Interessen, solche seien aber seitens der Regierung in genügendem Maße zugesagt, darüber hinauszugehen, liege kein Anlaß vor. — Abg. v. Salisch (kons.) wünscht namentlich einen Flachszoll. Gerade heute sei infolge eines neuen patentirten Flachsröstverfahrens die Möglichkeit gegeben, den deutschen Flachsbau ganz erheblich auszudehnen. — Abg. Lutz (kons.) begründet seinen Antrag: Bayrischer Hopfen werde gegenwärtig viel mit russischem Hopfen gemischt und so exportirt, wodurch der Ruf des deutschen Produkts geschädigt werde. — Die Zollzuschlagsverordnungen und die Resolution Nr. 1 wird angenommen, die beiden anderen Resolutionen an die Handelsvertragskommission überwiesen. — Der Handelsvertrag mit Columbien wird in 3. Lesung angenommen, nachdem Staatssekretär Frhr. v. Marschall auf einige Anstellungen aus dem Hause erwiedert hatte, daß es, wenn sich Deutsche im Auslande an Empörungen betheiligen, nicht Sache der Regierung sein könne, sie vor der Anwendung des Landesgesetzes zu schützen; im Uebrigen würden die Deutschen im Auslande nach Möglichkeit geschützt. — Abg. Werner (Reformp.) begründet nachdem folgende Interpellation: Sind die verbündeten Regierungen geneigt, angesichts der allgemeinen schlechten Geschäftslage für die im § 105c der Gewerbeordnung angeführten Gewerbe eine Verlängerung der Geschäftsstunden bis Abends 10 Uhr am 24. und 31. ds. M. eintreten zu lassen? Interpellant weist entschieden zurück, daß mit seiner Forderung Breiche in die Sonntagsruhe-Bestimmungen gelegt werden soll. Charakteristisch sei, daß die „Kreuzzeitung" und der „Vorwärts" in der Bekämpfung des Antrages Hand in Hand gehen. — Staatssekretär v. Bötticher ist nicht in der Lage, die Gleichheit der verbündeten Regierungen in der angegebenen Richtung festzustellen. Nach der Gewerbeordnung haben die obersten Verwaltungen und Polizeibehörden in der fraglichen Angelegenheit zu entscheiden, nicht der Bundesrath. Es würde bedenklich sein, wenn der letztere durch generelle Vorschriften in den Verkehr eingreifen würde. — Eine Besprechung der Interpellation findet nicht statt. — Es folgt 1. Berathung der Patent-, Muster- und Markenschutz-Konvention mit der Schweiz. — Abg. Dr. Hammacher (nat.-lib.) weist darauf hin, daß die Schweiz durch Patente nur plastisch darstellbare Modelle schütze; so genieße die chemische Industrie keinen Patentschutz und unsere Patente werden in der Schweiz arg ausgebeutet. Es ist zu befürchten, daß durch Annahme des Vertrags dieser Zustand eine gewisse Sanktion erhält. — Bundeskommissar Geh. Rath Haus (Centrum) erwiedert, daß der Vertrag zu mit sechsmonatlicher Kündigung abgeschlossen wurde. — Der Vertrag geht an die Handelsvertragskommission. — Es folgt die 2. Lesung des Gesetzes über die Gleichstellung der Invaliden aus den Kriegen von 1870 und deren Angehörigen mit denen 1870/71. — Abg. Prinz Carolath weist auf die Nothwendigkeit hin, Fürsorge für die Hinterbliebenen der infolge von Friedensübungen erkrankten und verstorbenen Landwehrleute zu treffen. Ihm treten die Abgg. Bachem, Richter und Bebel bei, welch Letzterer ausführt, man möge sich hüten, der Vorlage zuzustimmen, welche Gelder aus dem Invalidenfonds für allgemeine Reichsverwaltungszwecke verfügbar machte, denn nach Annahme dieser demnächst zu erwartenden Vorlage werde man für die so berechtigten Wünsche, die eben geäußert wurden, kein Geld mehr haben. — Die Vorlage wird in der Kommissionsfassung angenommen. — Abg. v. Benda (nat.-lib.) begründet den von ihm in Gemeinschaft mit Mitgliedern aller Parteien gestellten Antrag, den Reichskanzler zu ersuchen, die den Mitgliedern des Reichstags gewährten Eisenbahn-Freikarten unter den Bedingungen, wie dieselben von Beginn der zweiten bis zum Schluß der fünften Legislaturperiode in Gebrauch gewesen sind, wieder herzustellen und dem Reichstag von der Entschließung schleunigst Mittheilung machen zu wollen. — Abg. Gamp (Reichsp.) spricht sich entschieden gegen den Antrag aus. Die Freifahrt in dem geforderten Umfange käme nur der Agitation zu Gute, zum Zwecke der Informationen im Lande ist die Fahrkarte niemals benutzt worden, denn sonst könnten nicht so falsche Urtheile über die Verhältnisse der Landwirthschaft im Osten vorgekommen sein, wie man sie so häufig auf der Linken höre. Nachdem sich Abg. v. Kardorff kurz für den Antrag ausgesprochen, wird derselbe mit großer Mehrheit angenommen. — Morgen: Kleine Handelsverträge.

Berlin. Offiziös wird dementirt, daß die Regierung an eine Rohtabak-Werthsteuer denke; sie halte an der Tabaksteuer-Vorlage und insbesondere auch an dem System derselben fest. Die Regierung habe sich im vorigen Jahre mit der Frage der Rohtabaksteuer beschäftigt, sei aber davon zurückgekommen, nachdem das Projekt von den Sachverständigen in Bremen und Hamburg für undurchführbar erklärt worden sei. — Das Reichsgesundheitsamt macht bekannt, daß die Cholera in Stettin, nachdem seit 3 Wochen weitere Choleraerkrankungen dort nicht festgestellt worden sind, vollständig erloschen ist. — Der sächsische Rittmeister Frhr. v. Salza und Lichtenau erhielt den Rothen Adlerorden 4. Klasse, der sächsische Leutnant v. Nethler den königlichen Kronenorden 1. Klasse, der sächsische Major und Flügeladjutant des Königs Graf Vitzthum v. Eckstädt, Militärbevollmächtigter in Berlin, den Kronenorden 3. Klasse. — Der Bundesrath erläßt eine Bekanntmachung, wonach in Spinnereien für die jugendlichen Arbeiter die durch die Gewerbeordnung vorgeschriebene Nachmittagspause am Sonnabend sowie an Vorabenden der Festtage unter gewissen Bedingungen wegfallen darf. Die neuen Bestimmungen treten mit heute in Kraft und gelten bis 1. Januar 1904. — Der „Kreuzztg." wird geschrieben: Es ist kaum ein Zweifel mehr möglich, daß die Verlobung des Großfürsten-Thronfolgers von Rußland und der Prinzessin Helene von Orleans in Aussicht genommen ist und daß die Familie von Orleans nur die Bedingung daran geknüpft hat, in kirchlicher Beziehung die Gutheißung des Papstes dafür zu erlangen. Allein höchst wahrscheinlich wird der Plan scheitern. Die Schwierigkeit liegt in der Trauung und in der Erziehung der Kinder. Rom kann nie zugeben, daß sämmtliche Kinder nicht katholisch erzogen werden, aber der Czar wird darauf bestehen. — Der „Staatsbürger-Ztg." ist ein Schreiben zugegangen, in welchem die Sprengung mehrere großer Geschäfte wie Gerson, Herzog, Wertheim, Ludasch durch Dynamit angekündigt wird. In dem Schreiben wird ein Zusammenhang der Anarchisten mit den Antisemiten angedeutet. — In der Nacht zum Sonntag ist ein bei Lichterfelde haltender sogen. Sammelwagen mehrerer großer Güterstücke beraubt worden, die man später im Graben am Eisenbahndamme vorfand.

Berlin. Die wirthschaftliche Vereinigung des Reichstages berieth heute über die kleinen Handelsverträge. Beschluß wird erst morgen gefaßt werden. — Prof. Robert Koch beging heute seinen 50. Geburtstag. — Bei dem Erzieher der kaiserlichen Prinzen, Lehrer Stephan, ist Geistesgestörtheit zum Ausbruch gekommen. Derselbe litt schon seit einiger Zeit infolge der Beförderung auf seinen hohen Posten an Größenwahn. — Der Abg. Fr. Hahn bezeichnet die durch die Blätter gehende Nachricht, daß er aus der nationalliberalen Fraktion austrete, beziehungsweise hinausgedrängt werde und sich der Reformpartei anschließen werde, als jüdische Mache. Zum Uebertritt zur deutschen Reformpartei liege für ihn um deswillen kein Grund vor, weil die Mehrzahl seiner Fraktionsgenossen mit ihm einverstanden sei. — Der Kaiser äußerte sich, als ihm auf der Jagd in Barby die Mittheilung von dem Pariser Bombenattentat gemacht wurde, dahin, daß es ohne drakonische Abwehrmaßregeln gegen die Anarchisten nicht mehr weitergehe.

Leipzig. Das Reichsgericht hat das Urtheil des Landgerichts Gotha, durch welches der Redakteur Boshardt wegen Beleidigung des Ministeriums zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt wird, aus formellen Gründen aufgehoben, und die Sache nach Meiningen verwiesen.

Paris. In der Kammer legte der Ministerpräsident Perier Gesetzentwürfe zur Verhütung und Unterdrückung anarchistischer Verbrechen vor. Der Minister bemerkt, diese Entwürfe enthielten keinen Eingriff in überkommene Freiheiten und verlangt für die Preßgesetznovelle die Dringlichkeit. Der Entwurf will für die Aufforderung zu Plünderung, Brandstiftung und Attentaten, sowie für die Verherrlichung derselben fünfjähriges Gefängniß. Die Dringlichkeit wird angenommen und als Vertrauenszeichen die sofortige Berathung gefordert. Goblet hält Ausnahmemaßregeln für unwürdig. Jaurès (Rechte) und Levy (Sozialist) bekämpfen die sofortige Diskussion. Die Vertagung wird mit 404 gegen 143 Stimmen abgelehnt, ebenso die Wahl einer Kommission zur Vorprüfung der Entwürfe mit 389 gegen 156 Stimmen. Hierauf wird in die Diskussion eingetreten.

Paris. Kammer. Im Verlaufe der Sitzung verlas Dupuy den Inhalt der Preßgesetznovelle unter Protestrufen der äußersten Linken. Pourquery de Boisserin verlangt Erklärungen. Der Justizminister entgegnet, es handle sich einfach darum, der Freiheit der Verbrecher Fesseln anzulegen. Es gäbe eine Organisation bei der Anarchie, welche eine Verbrechervereinigung sei. Die Regierung kenne deren Leiter und diese wolle sie treffen. Die Verherrlichungen des Attentats in Barcelona dürften nicht ungestraft bleiben. Die Regierung sei entschlossen, wenn die Kammer die Mittel gewähre, dieser Verbrechergesellschaft ein Ende zu bereiten. Pourquery schlägt ein Amendement vor. Perier weist jede Abänderung zurück. Das Amendement wird mit 360 gegen 186 Stimmen abgelehnt und sodann nach kurzer Debatte die Preßgesetznovelle mit 413 gegen 63 Stimmen angenommen. Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Back-Butter, beste Waare, Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, empfiehlt die Bäckerei 79.